

Infoblatt des Diözesanverbandes Bamberg e.V.

Ausgabe 1/2021



Bamberger Erklärung 2021

KAB Bamberg beschließt Positionspapier für die Zeit nach Corona

Präambel

Im akuten Stadium der Corona-Krise war die Sehnsucht nach gewohnten Lebensabläufen groß. Der gesellschaftliche Lockdown – je länger, desto mehr – ließ nicht nur die wirtschaftlichen und politischen Kräfte nervös werden. Alle warteten darauf, die verschiedenen Systeme des sozialen Lebens wieder hochzufahren.

Endlich wieder Normalität! Allein die Hoffnung darauf wirkte erleichternd. Doch wollen wir das wirklich? Rückkehr zur Routine, also zu dem, wie unsere Gesellschaft bis zum Lockdown so gelaufen ist? Vergessend, dass uns – durch unser Handeln hervorgerufen und bestärkt – vor Corona schwere Krisen bedroht haben, die die Welt akut und perspektivisch aus dem Gleichgewicht brachten? Klimaerwärmung, Spaltung in Arm und Reich, erzwungene Migration, Rechtspopulismus... Das alles ist ja nicht einfach vorbei!

Die Katholische Arbeiterbewegung im Erzbistum Bamberg stellt sich diesem gesellschaftlichen Diskurs mit ei-



Blick auf Bamberg.

Bild: US

genen Vorschlägen. Inhaltlich stehen wir auf der Basis der Enzyklika von Papst Franziskus „Laudato Si“ von 2015: „Es gibt nicht zwei Krisen nebeneinander, eine der Umwelt und eine der Gesellschaft, sondern eine einzige und komplexe sozio-ökologische Krise“ (LS 139).

Die Pandemiekrise ist uns Anlass, neu nachzudenken, wie wir unsere Gesellschaft anders organisieren wollen, damit sie gerechter, solidarischer und umweltsensibler in die Zukunft gehen kann. Lassen wir die Krise also nicht einfach wie einen bösen Albtraum vorüberziehen, sondern nutzen sie

auch für einen gemeinsamen sozialetischen Neustart unserer gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Abläufe.

Corona und danach Arbeitsschutz, Löhne und Mitbestimmung

Die Wirtschaft hat während der Pandemiekrise zweifellos gelitten. Der Nachholbedarf ist jetzt entsprechend hoch. Und mit ihm wächst auch die Versuchung – allen gegenteiligen Beteuerungen zum Trotz – das nachholende Wachstum anzukurbeln, wo auch immer das möglich ist. So besteht die Gefahr, nach der Pandemie in den Modus einer Wachstums-

2 BAMBERGER ERKLÄRUNG



euphorie zu verfallen, um möglichst schnell sämtliche wirtschaftlichen Defizite aufzuholen, ohne Rücksicht auf die sozialen und ökologischen Erfordernisse. Deshalb sind alle aktuellen Investitionsentscheidungen darauf zu überprüfen, inwieweit sie die ökologischen, sozialpolitischen und rechtspolitischen Standards für eine zukunftsfähige Gesellschaft einhalten.

Während der Coronakrise hatte die Bundesregierung per Verordnung befristet die Arbeitszeitregelungen für bestimmte Branchen gelockert. So waren etwa für das Personal im Gesundheitsbereich, im Transport oder bei Energieversorgern längere tägliche Höchstarbeitszeiten und kürzere Mindestruhezeiten möglich. Durch die inzwischen wieder zurückgenommenen Lockerungen wurde uns der Wert des Arbeitsschutzes und des Arbeitsrechtes insgesamt vor Augen geführt. Dies sind Errungenschaften, die wir nicht nur hüten müssen wie unseren Aug-

apfel, sie bedürfen vielmehr auch der Weiterentwicklung des Ausbaus. Dazu bedarf es starker Mitbestimmungsakteure, Betriebsräte und Gewerkschaften. Dies gilt gerade in Zeiten wirtschaftlicher Verunsicherung, in denen zunehmend Arbeitsplätze zur Disposition stehen.

Denn die Mitbestimmung ist ständig gefährdet und muss in jeder Generation neu erkämpft und ausgehandelt werden. Und dazu braucht es – Gewerkschaften und Sozialverbände wissen das zur Genüge – Menschen, die sich einsetzen und sich damit auch so mancher Kritik aussetzen. Die Privatisierung der letzten Jahrzehnte jedenfalls hat in nicht wenigen Bereichen der Arbeitswelt zu einer Schwächung der Mitbestimmung geführt.

Bei den Löhnen gibt es in Deutschland einen enormen Nachholbedarf. Und auch wenn jetzt das Argument, man dürfe durch zu hohe Lohnforderungen den Aufschwung nicht gefährden, wohl wieder verstärkt

zu hören sein wird, darf uns das nicht über die Einsicht hinwegblenden, dass etwa gerade der aufgeblähte Niedriglohnssektor in Deutschland künftig systematisch reduziert werden muss. Niedrige Löhne sind neben Erwerbslosigkeit die Hauptursache für Armut in unserer Gesellschaft. Der letzte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung (2017) muss eingestehen, dass die unteren 40 Prozent der Einkommen heute real weniger Kaufkraft zur Verfügung haben als in den 90er Jahren des letzten Jahrhunderts. Das ist ein nicht hinnehmbarer Zustand.

Der Mindestlohn als unhintergehbare unterste Grenze muss auf die armutsfeste Höhe von derzeit 13,69 Euro angehoben werden!

Was heißt denn hier „systemrelevant“?

Mit der Coronakrise ist der Begriff der Systemrelevanz ins öffentliche Bewusstsein gedrungen und auf bestimmte Berufe angewandt worden. Dabei wurde schnell klar: Es ist zu einseitig, diese Bezeichnung nur für die zum Überleben notwendigen Berufe zu reservieren (etwa für das Pflegepersonal, die Einzelhandelsbeschäftigten oder die Polizei). Als systemrelevant in einem weiteren Sinn verstanden sich auch andere, zum Beispiel die Kulturschaffenden, die Psychologen, die Bildungsarbeiter*innen oder die Handwerker. Besonders herauszustellen sind in diesem Zusammenhang vor allem auch die Familien,

auf die ein Großteil der Last, die mit dem Lockdown verbunden war, zurückgefallen ist. Häusliche Pflege, Home-schooling oder Homeoffice sind nur drei Stichworte für Prozesse, die die Familien in ihren häuslichen vier Wänden nicht selten unter Dauerstress gesetzt haben. Die basalen Strukturen der Familie sind es, die die gesellschaftlichen Grundfunktionen aufrechterhalten haben.

Außerdem hat die Pandemie die Fehlentwicklungen im Gesundheitswesen gnadenlos sichtbar gemacht. Die Krankenhäuser wurden in den letzten Jahren auf Effizienz getrimmt. Effizienz heißt, dass möglichst viele Patienten, die sich lohnen, mit möglichst wenig Personal in möglichst kurzer Zeit behandelt werden. So wurden hunderte Krankenhäuser mit tausenden von Betten geschlossen. Private Träger betreiben inzwischen mehr Krankenhäuser als die öffentliche Hand. Es gibt nur geringe Vorrhaltungsmengen an Materialien für Notfälle, wie die Viruskrise uns allen vor Augen geführt hat. Die Pflege wurde personell immer mehr ausgedünnt. Die Übriggebliebenen arbeiten oft an der Grenze ihrer Belastbarkeit und werden zudem noch beschämend niedrig bezahlt. Daran hat auch der sprichwörtliche Applaus für die sogenannten Helden der Krise grundsätzlich nichts geändert.

Wo steht eigentlich geschrieben, dass im Gesundheitswesen Gewinne gemacht werden müssen? Warum muss es

marktförmig ausgerichtet sein? Die Privatisierung, die einstmals als Lösung für die Zukunft ausgegeben wurde, ist zum eigentlichen Problem geworden. Wir brauchen keine marktkonformen Krankenhäuser, sondern patientengerech-

te. Die existentielle Grundversorgung der Menschen muss in die öffentliche Verantwortung zurückgenommen werden. Denn der Mensch und seine Bedürfnisse sollen im Mittelpunkt stehen und nicht Gewinne und Renditen.

Deshalb fordern wir:

- Häusliche Pflegearbeit und Familienarbeit müssen rentenrelevanter werden, das heißt sie müssen bei der Rentenhöhe stärker berücksichtigt werden.
- Gesundheitsversorgung ist Daseinsvorsorge. Markt und Wettbewerb, Preise und Gewinne haben hier nichts verloren. Die Privatisierung in diesem Bereich ist Schritt für Schritt rückabzuwickeln.
- Für alle Berufsgruppen im Krankenhaus müssen verbindliche Personalbedarfszahlen ermittelt und durchgesetzt werden.
- Die Vergütung der Pflege, der Assistenzberufe und der Servicebereiche muss deutlich erhöht werden – und zwar tabellenwirksam, nicht durch Einmalzahlungen.

Klimakrise erfordert schnelles und konsequentes Handeln

Die Bedeutung ökologischer und sozialer Fragen für ein gutes Leben rückt aufgrund von bedrohlichen klimatischen Veränderungen und der zunehmenden Zerstörung natürlicher Lebensräume immer stärker in den Fokus. Aber bis jetzt scheinen die Klimaveränderungen mit ihren teilweise drastischen Auswirkungen in den Industriestaaten nicht gravierend genug gewesen zu sein, als dass man ernsthaft hätte handeln müssen. Durch Hochwasser, Stürme, Hitzewellen in Verbindung mit Dürre sind vor allem arme Länder betroffen, aber die sind ja weit weg. Trotz allem gilt

das Wirtschaftsmodell der Industrienationen bisher noch global als Standard für gutes Leben.



Coronakrise – Klimakrise

Seit März 2020 – ausgelöst durch die lebensbedrohliche Coronapandemie – hat die Welt ihr Gesicht verändert. Ein Shutdown legte das komplette wirtschaftliche und gesellschaftliche Leben lahm. Die Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung gleichen sich in allen Ländern bis ins Detail. Welch' seltene Einigkeit.

4 BAMBERGER ERKLÄRUNG

Es ist schon verwunderlich, dass der Klimawandel – seit Jahrzehnten wissenschaftlich belegt – bisher nicht zu ähnlich drastischen Maßnahmen geführt hat. Ein für uns als KAB ganz bedeutender Mahner, Papst Franziskus, veröffentlichte im Mai 2015 seine Umweltenzyklika „Laudato Si – über die Sorge um das gemeinsame Haus“. Darin spricht er vom ökologischen und sozialen Ansatz die Gerechtigkeit mit in die Umweltdiskussion aufzunehmen, um die Klage der Armen ebenso zu berücksichtigen wie die Klage der Erde.

Hoffnung machte dann im Dezember 2015 das Pariser Abkommen, in dem sich 197 Staaten der Welt auf Vereinbarungen zum Schutz unseres Planeten geeinigt haben. Doch Deutschland verfehlte schon aufgrund der halbherzigen Politik das selbstgesteckte Ziel, bis 2020 die CO²-Belastung um 40 Prozent zu reduzieren. Erreicht wurde lediglich eine Treibhausgas-Reduzierung von 32 Prozent.

Ältere blicken zurück, aber Jüngere in die Zukunft. Wahrscheinlich führte das zum Erfolg von der damals 15-jähri-

gen Greta Thunberg, die im August 2018 mit ihren Schulstreiks begann. Der Aufschrei der Jugend hat sich inzwischen zu einer „For Future Bewegung“ ausgeweitet, in der sich Schüler, Eltern, Großeltern, Künstler, Wissenschaftler und viele mehr in über 25 unterschiedlichen Gruppen engagieren. Jetzt ruhen viele Hoffnungen auf ihnen.

In Sorge um unsere Lebensgrundlagen

Was passiert gerade: Überbordender Konsum, Umwelt und Gewässer verseucht und voller Müll. Ein nicht zu leugnendes ökologisches Ungleichgewicht ist deutlich spürbar. Inzwischen wehrt sich die Natur mit nie dagewesenen Wetterextremen. Mit Schrecken müssen wir nun zugeben, dass die ökologische Krise sehr komplex ist, sich lokal, global und vor allem akut bemerkbar macht.

Verknüpfung von Politik und Wirtschaft – zwei Beispiele

Politik hat die Aufgabe Rahmenbedingungen vorzugeben. Was ist, wenn sich schließlich herausstellt, dass diese in die falsche Richtung gewiesen haben? So gab es staatlichen För-

derungen für die Atomenergie in Milliardenhöhe. Ähnlich hohe Beträge sind künftig noch zu investieren für den Atomausstieg und die Endlagerung. Diese Unsummen haben den Ausbau erneuerbaren Energien sehr lange Zeit blockiert.

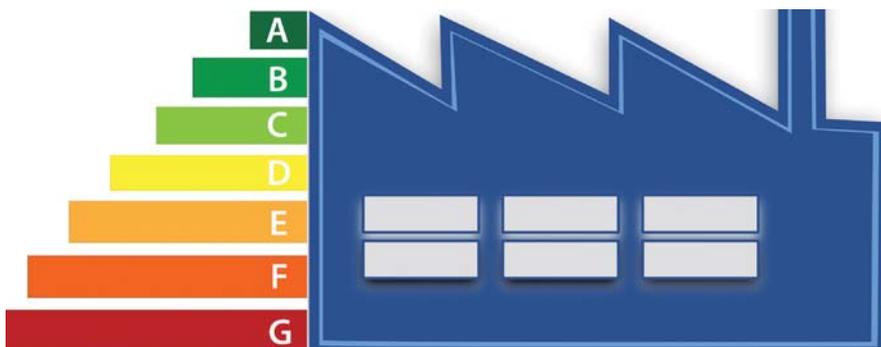
Bisher gibt es für die Unternehmen insgesamt nur eine freiwillige Selbstverpflichtung verantwortlich zu handeln, was ihre Lieferkette betrifft. Doch es geht nicht ohne einen gesetzlichen Rahmen, damit der Schutz von Mensch und Umwelt hier bei uns und weltweit eingehalten wird.

So entstand die „Initiative Lieferkettengesetz“, der sich auch die KAB angeschlossen hat, um Druck auf die Politik auszuüben endlich einen gesetzlichen Rahmen vorzugeben, der die Unternehmen zur Übernahme von Verantwortung zwingt.

Firmen auf Abwegen – zwei Beispiele

Bedenke: Unendliches Wachstum in einer endlichen Welt ist nicht möglich!

Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, dass der Planet Erde inzwischen zu einer großen industriellen Agrarfabrik mutiert ist. Konzerne wie Monsanto, BASF und Bayer verdienen sich vor allem in asiatischen Ländern eine goldene Nase mit genmanipuliertem Saatgut, das letztendlich zu Monokulturen führt, die einen erhöhten Pestizid- und Düngemiteleinsatz erfordern. Die Kosten dafür treiben die kleinen Bauern in die Schul-





denfalle und hinterlassen ausgelaugte Böden, die keine Früchte mehr hervorbringen.

Des Deutschen liebstes Kind, das Auto, ist zum Problemfall geworden. Hunderttausende Arbeitsplätze hängen direkt oder indirekt von der Autoindustrie ab. Andererseits trägt der hohe Schadstoff-Ausstoß der Fahrzeuge mit dazu bei, dass die Ziele zur CO²-Reduzierung aus dem Pariser Abkommen nicht eingehalten werden können. Die KFZ-Industrie hat enorme Gewinne eingefahren, aber nicht in zukunftsweisende Antriebsformen investiert. Dazu kam schließlich noch der Abgasskandal. Namhafte Firmen wie VW und Daimler wurden des Betrugs überführt.

Ausgelieferte Verbraucher*innen?

Die Maxime des Wirtschaftens nach stetigem Wachstum und Profitmaximierung hat sich über Jahrzehnte auch auf unsere Gesellschaft übertragen.

Verführt durch Werbung werden bei den Verbrauchern ständig neue Bedürfnisse geweckt, Dinge zu kaufen, die man eigentlich gar nicht braucht. Billigware unter menschenunwürdigen Bedingungen hergestellt, überschwemmt den Markt und landet schnell auf dem Müll.

Warum werden ganze Lebensräume durch Rodung von Urwäldern zerstört und was hat das mit uns zu tun? Es braucht Agrarflächen für den Futteranbau, wie Soja, Weizen, Mais, um zum Beispiel auch unseren Fleischhunger zu befriedigen. Und genau da kommt der aktuelle Erreger Covid-19 mit ins

Spiel. Spätestens seit März 2020 wird immer deutlicher, wie sehr die Verbreitung von Viren wie Corona mit der wirtschaftlichen Globalisierung zu tun hat. Denn immer tiefer dringt die Agrarindustrie in die Wildnis vor, sodass die Viren von Wildtieren auf Nutztiere und schließlich auf den Menschen überspringen, um dann ihre Reise um den Planeten antreten.

Konsument*innen können selbstbewusst und eigenverantwortlich handeln

Umfragen zufolge zeigt sich ein Großteil der Gesellschaft aufgrund des Klimawandels besorgt. Doch die Ausmaße der drohenden Gefahren übersteigen das menschliche Vorstellungsvermögen. Damit bleibt das nötige Tun auf der Strecke, denn Wandel bedeutet Veränderung. Leider neigt der Mensch dazu, stark im Wohlstand verhaftet, es sich bequem zu machen und untätig zu bleiben.

Klar ist: Indem wir etwas kaufen, unterstützen wir das Anliegen der Produzenten. Der eine Hersteller will vor allem Umsatz machen und Aktionäre befriedigen, der andere eben



6 BAMBERGER ERKLÄRUNG



nachhaltig handeln, die Umwelt schützen und seine Lieferanten und Mitarbeiter gerecht bezahlen. Unsere Kaufentscheidung bestimmt mit, welches Unternehmen erfolgreicher ist. Und so kann am Ende ein bewusster Konsum eben doch die Welt verändern.

Mit Blick in die Zukunft

Wir wollen, dass unsere Kinder und Enkel eine Zukunft haben. Deshalb müssen wir endlich verstehen, dass wir keine Kosten und Mühen scheuen dürfen, um die drohende Gefahr abzuwenden. Dazu braucht es ein radikales Umdenken, eine neue Wertschätzung der uns umgebenden Natur, Ehrfurcht vor allem was lebt.

Darum ist es dringend angesagt weltweit gemeinsam ins Tun zu kommen. Alle Akteure sind gefragt: Politik, Wirtschaft, Kirchen und Gesellschaft, natürlich auch jede einzelne Person. Vernünftig ist nicht mehr nach der Krise richtig zu handeln, sondern vorher, um die Katastrophe, die unseren Planeten zerstören könnte, zu verhindern.

Deshalb wollen auch wir als KAB Verantwortung übernehmen und mit Gleichgesinnten

etwas bewegen. Die Herausforderung ist schnell und kon-

sequent ins Handeln zu kommen.

Und wir haben ein neues Jahrzehnt vor uns mit unglaublich vielen Chancen indem wir uns beteiligen können, die Weichen neu zu stellen, um das zu korrigieren, was schon so viel Schaden angerichtet hat. All das für eine lebens- und liebenswerte Zukunft in Verantwortung vor Gott und den Menschen.

Deshalb fordern wir:

- von der Politik einen gesetzlichen Rahmen für verstärkten Umwelt- und Klimaschutz, zum Beispiel
 - durch Subventionen, die an Nachhaltigkeitsmaßnahmen gekoppelt sind
 - um Gesetzesvorlagen dahingehend zu überprüfen, wie sie sich auf Klima und Umwelt auswirken
 - durch Einforderung von verpflichtender Transparenz der Unternehmen
 - für (verbraucherfreundliche) Kennzeichnungspflicht der Produkte, damit sich Konsument*innen umweltfreundlich ausrichten können
- von der Wirtschaft Investitionen in nachhaltige Produktionsverfahren, zum Beispiel
 - durch Überprüfung der Produktionsketten auf Umwelt- und Klimaverträglichkeit
 - um den bei der Digitalisierung anfallenden hohen Energieverbrauch durch alternative Energien abzudecken
 - durch Erhöhung des Kostenanteils eines Produktes, der für Transport anfällt, damit sich regionales Wirtschaften durchsetzen kann
- von den Kirchen, die ihre Vorbildfunktion deutlich machen müssen, zum Beispiel durch
 - klimaneutralen Einkauf des eigenen Bedarfs, um damit Firmen mit guter Umweltbilanz zu unterstützen
 - aktives Einbringen in politische Diskussionen
- von uns als KAB Ökologie und Arbeit zusammenzubringen, also zusammenzudenken, zum Beispiel
 - Wahrnehmung der Brückenfunktion zwischen zivilgesellschaftlichen Organisationen und Kirche
 - durch Bildungsarbeit das Bewusstsein der Menschen zu schärfen

Für Freiheit und Demokratie muss sich jede und jeder engagieren

Freiheit ist mehr als nur Selbstverwirklichung. Es ist die Kraft, die uns dazu bringt, auch über uns selbst hinauszugehen. Die Bezogenheit auf andere macht Freiheit besonders erlebbar, macht allerdings nicht bei der Selbstverwirklichung halt. Freiheit wird insofern fordernd, als sie uns, den Einzelnen, dazu bringen kann, sich selbst zu überwinden – und sich selbst zu beherrschen.

Selbstbeherrschung als Form der Freiheit

Das Wort ist zu Unrecht verkannt, denn zur Freiheit ermächtigt, wächst uns die Macht zur Eigenverantwortung und zur Verantwortung für andere zu. Indem wir eigene Grenzen erkennen und die achten, die andere uns setzen. Wenn kein Zwang da ist, herrscht Freiheit. Wenn man selbst bestimmen kann, was man tut, ist man frei. Die eigene Freiheit endet dort, wo die Freiheit anderer geschützt werden muss. So wird Freiheit in der politischen Bildung definiert. Damit enthält Freiheit auch eine Pflicht. Freiheit ist eben mehr als ein Gefühl. Freiheit ist eine Geisteshaltung.

Vieles lernt man erst zu schätzen, wenn man es nicht mehr hat. Durch die Coronapandemie wird uns dies auf eindrucksvolle Weise am Beispiel unserer Freiheits- und Bürgerrechte vor Augen geführt.

Verbesserungen für Transparenz von Maßnahmen

Wenn man auf die Pandemie blickt, wird deutlich, dass nicht alles gut gelaufen ist. Entscheidungen wurden aus Sorge, von wenig Verantwortlichen getroffen. Nicht immer konnte man nachvollziehen, nach welchen Kriterien diese Entscheidungen gefallen sind. Es wurde immer nur als Grund das Leben zu schützen genannt. Dies ist generell ein wichtiges Grundrecht, aber einige Maßnahmen hatten aus Sicht einer Minderheit den Anschein, sie wären willkürlich. Deshalb entstand Widerstand und Misstrauen. Vor allem auf Grund der Vielfalt von Informationen, davon ein großer Teil falscher Informationen, wuchs bei einem Teil der Menschen die Verunsicherung und der Hang an einfache Erklärungsmuster und Lösungen zu glauben. Es

ist nicht wirklich gelungen, eine von allen einigermaßen akzeptierte Institution zu installieren, die gegen die Verunsicherung angehen konnte.

Es sollte daher eine unabhängige Kommission zur Wahrung bürgerlicher Rechte mit Experten aus den Bereichen Justiz, Wissenschaft und Zivilgesellschaft eingesetzt werden. Als unabhängiges Gremium ausgestaltet, ähnlich der Mindestlohnkommission, dem Deutschen Ethikrat oder den „Wirtschaftsweisen“, kann sie freiheitseinschränkende Maßnahmen und deren Lockerungen kritisch begleiten. Langfristig sollte sie institutionalisiert werden, um als ständiges Beratungsgremium in Gesetzgebungsverfahren mitzuwirken. Denn auch außerhalb von Krisenzeiten stehen die Bürger- und Freiheitsrechte häufig unter Druck, sei es im Zuge des digitalen Wandels oder durch politische Begehrlichkeiten unter dem Deckmantel der Terrorismus- und Kriminalitätsbe-



8 BAMBERGER ERKLÄRUNG



kämpfung. Georg Orwells Utopie einer totalen Überwachung der Gesellschaft ist längst keine Unmöglichkeit mehr, sie ist technisch machbar. Eine Kommission wäre jedoch in der Lage, den Fokus auf Freiheits Einschränkungen zu lenken, die öffentliche Diskussion bereichern und zu einer Versachlichung der oftmals sehr emotional geführten Debatten über neue Befugnisse für den Staat und staatliche Behörden beitragen.

Ausgewogenes Verhältnis zwischen Sicherheit und Freiheit

Die Koexistenz von Sicherheit und Freiheit muss stärker in den Blick genommen werden. Ansätze dafür liegen bereits auf dem Tisch. Verhängte Maßnahmen sind möglichst knapp zu befristen, um dem Verordnungsgeber eine erneute Bewertung der Erforderlichkeit zeitnah aufzuerlegen. Die flexible Reaktion auf epidemiologische Erkenntnisse ermöglicht der Verwaltung eine Abweichungskompetenz im Ein-

zelfall. Zunächst einmal ist es richtig, dass Grundrechte uns nicht nur vor staatlichen Eingriffen schützen, sondern den Staat auch zum Schutz unserer Rechte verpflichten. Das wird am deutlichsten in Artikel 1 Absatz 1 Satz 2 des Grundgesetzes: Alle staatliche Gewalt ist dazu verpflichtet, die Würde des Menschen zu achten und zu schützen. Deshalb muss der Staat die Bevölkerung vor dem Coronavirus schützen und kann das Virus nicht einfach über uns hereinbrechen lassen. Allerdings gilt auch das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit nicht ohne Einschränkung. Das Grundgesetz sieht vor, dass „auf Grund eines Gesetzes“ in das Recht auf Leben eingegriffen werden kann, es steht also unter einfachem Gesetzesvorbehalt (Artikel 2 Absatz 2 Satz 3). Ebenfalls muss es genau wie alle anderen Grundrechte mit kollidierendem Verfassungsrecht – also insbesondere mit anderen Grundrechten – in einen „schonenden Ausgleich“ gebracht werden.

Reflexion ist wichtig

Der durch das Corona-Virus verursachte Ausnahmezustand verlangt nach einer gründlichen Auswertung. Dafür fordern wir jene oben genannte Kommission beim Bundestag. Der Leitgedanke würde sich nicht auf einen Vorwurf stützen, sondern an der Frage orientieren, welche Rückschlüsse für zukünftiges Krisenmanagement zu ziehen sind. Auch das geht nicht ohne die Bevölkerung. Corona wird uns noch eine Weile beschäftigen und eine Auswertung könnte vielleicht erst in einiger Zeit sinnvoll sein. Aber allein sich dies so vorzunehmen, wäre ein Signal der Bundesregierung an die Bürgerinnen und Bürger, sie nicht nur als Risikoträger für Ansteckungen zu betrachten, sondern als mündige Menschen, veranlagt und bereit, sich solidarisch zu zeigen.

Grenzen des Dialogs

Wir müssen zeigen, dass in der pluralistischen Demokratie, Meinungsvielfalt wichtig ist, um die offene Gesellschaft zu gewährleisten. Wir sind überzeugt, dass die Mehrheit der Menschen grundsätzlich vernünftig und rücksichtsvoll sind. Darüber hinaus ist es auch Aufgabe der Bürgerinnen und Bürger, die öffentliche Diskussion zu führen, zu hinterfragen und zum Finden von Lösungen beizutragen.

Dieses Prinzip gilt aber nicht nur für Regierungshandeln, sondern auch für alle anderen „Ideologien“, die verbreitet werden. Darum ist es auch not-

wendig, gegen Ideologien, die unsere freiheitliche Gesellschaft bedrohen, klar Stellung zu beziehen und nicht nur nach einfachen Lösungen zu suchen. Wir müssen hinterfragen, wer oder welche Absicht hinter den „Ideologien“ steckt. Eine Meinung oder eine Theorie, die sich nicht auf einen Dialog einlässt, stellt sich ins Abseits. Ein sachlicher Diskurs unter Wahrung des Lebens und der Freiheit Aller ist wichtig. Wer Teile der Menschen als Sündenbock hinstellt, vor allem ohne irgendwelche nachprüfbaren Fakten, hat sich disqualifiziert und muss sich nicht wundern, nicht ernst genommen zu werden. Es darf keine grenzenlose Tole-

ranz gegenüber der Intoleranz bestimmter Ideologien geben. Genau wie wir uns für die Einhaltung unserer Bürgerrechte einsetzen müssen, müssen klare Grenzen gegen intolerante und gefährliche Ideologien gezogen werden.

KAB Bamberg



Alle Symbolbilder in diesem Artikel von Pixabay

Deshalb fordern wir:

- Eine unabhängige Kommission zur Wahrung der bürgerlichen Rechte mit Experten aus den Bereichen Justiz, Wissenschaft und Zivilgesellschaft, analog der Mindestlohnkommission, dem Deutschen Ethikrat oder den „Wirtschaftsweisen“.
- Den gesetzlichen Rahmen zu schaffen beziehungsweise zu verbessern, um die Hetze, Hass und Gewaltverherrlichung im Internet konsequent zu verfolgen und zu bestrafen. Gleiches gilt auch für entsprechende Äußerungen in der Öffentlichkeit. Die Plattformen im Netz zu verpflichten, Quellenangaben zu veröffentlichen und besonders herauszuheben, um die Seriosität der Information prüfen zu können. Bei offensichtlichen Falschmeldungen sind diese zu kennzeichnen. Für Verstöße gegen diese Kennzeichnungspflicht haftet der Betreiber der Plattform oder der entsprechenden Internetseite.
- Besondere Förderung von Bildungsangeboten zu den Bereichen Freiheit und Demokratie. Kontinuierliche Überprüfung der geförderten Angebote anhand eines klaren Kriterienkataloges. Darüber hinaus soll es entsprechende Angebote in allen Schularten geben. In der Lehrer- und Lehrerinnen-ausbildung muss die „Menschenrechts- und Demokratieausbildung“ zukünftig einen höheren Stellenwert bekommen.

Termine

Durch die Corona-Pandemie kann es bei den Terminen zu Veränderungen kommen.

1. Mittwoch im Monat
Monatstreff, KV LI-CO-KU,
Russ. Hof, Burgkunstadt.

2. Mittwoch im Monat
(außer August u. Dezember)
Stammtisch, KV Bbg.-Stadt,
Gasthaus Sternla, Bamberg.

letzter Mittwoch im Monat
Stammtisch, OV Kulmbach,
Filion Tavern, Kulmbach.

2. Juni 2021
Workshop „Nachhaltigkeit“,
KV Bamberg-Land, BW.

7. Juni 2021
Vorstandssitzung Online,
KV KC.

11. Juni 2021
„Mit voller Nase schweigt
man nicht“, BW,
Michael-Arneth-Schule,
Gundelsheim.

12. oder 19. Juni 2021
Infoabend, Hainführung,
KV Bbg.-Land und -Stadt.

16. Juni 2021
Senioreninfotag
„Die Christianisierung
Frankens“, BW.

17. Juni 2021
„Selbst bestimmt und sicher
Leben im eigenen Zuhause“,
KV KC.

Termine

23. Juni 2021

Ausflug mit Einkehr
(Johannfriedhof Nürnberg),
KV ER/NEA.

23. Juni 2021

„Zuverlässige Gesundheits-
informationen aus dem
Internet“, BW, VB,
Mehrgenerationenhaus,
Forchheim.

22. Juli 2021

Kreisverbandstag,
KV Pegnitz, Büchenbach.

21. August 2021

Ausflug nach Bamberg,
KV Forchheim.

4. September 2021

Frauen-Infotag,
KV Forchheim.

16. September 2021

Online-Seminar: „Nach der
GroKo – das deutsche
Parteiensystem und die
Bundestagswahl“, BW.

24. September 2021

Abendgottesdienst,
KV Pegnitz, Weißenbrunn.

29. September 2021

„Bioökonomie und Nach-
haltigkeit in der Kunststoff-
technik“, BW,
IGZ, Bamberg.

2. Oktober 2021

„Wertschätzende
Kommunikation“, BW,
Bistumshaus St. Otto, Bbg.

Offizielle Presseerklärung vom 1. Februar 2021

Bildungshaus Obertrubach schließt zum Jahresende

Wirtschaftliches Defizit durch Corona- Pandemie wurde zu groß

Bamberg/Obertrubach. Die Stiftung Arbeitnehmerbildungs- und Begegnungsstätte Obertrubach stellt zum Ende des Jahres den Betrieb ihres Bildungshauses ein. Diesen Beschluss hat der Stiftungsrat nach eingehenden Überlegungen einstimmig gefasst. Grund für die Schließung sind die erheblichen Einnahmeausfälle aufgrund der Corona-Pandemie.

Die seit 1999 bestehende Bildungseinrichtung war aufgrund der Coronakrise in eine erhebliche wirtschaftliche Schieflage geraten. So sind die Einnahmen aus betrieblicher Tätigkeit im Vergleich zu 2018 aufgrund der coronabedingten Ausfälle von 738.000 auf 234.000 um fast 70 Prozent abgefallen. Das Haus steht bei fortlaufenden Fixkosten seit der Coronakrise weitgehend leer.

Aufgrund der insgesamt schwierigen Situation für die Einrichtung war eigentlich geplant, das Haus bis Ende 2023 selbst zu führen und dann gleitend in eine neue Trägerschaft zu übergeben. Doch das jetzt entstandene Defizit ist so groß,

dass es trotz finanzieller Unterstützung Dritter nicht mehr gedeckt werden kann.

In der Arbeitnehmerbildungs- und Begegnungsstätte sind mehr als 20 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt. Sie wurden über die Betriebsaufgabe am Montag informiert. Mit der bereits zum 31. Dezember 2021 anvisierten Schließung können noch Mittel sichergestellt werden, um den Beschäftigten sozialverträgliche und einvernehmliche Lösungen zur Beendigung ihrer Arbeitsverhältnisse anzubieten.

„Aufgrund der durch die anhaltende Corona-Pandemie stark verschlechterten wirtschaftlichen Lage wäre es unverantwortlich für den Stiftungsrat gewesen, die Einrichtung über das Jahr 2021 hinaus weiter zu betreiben“, sagte Generalvikar Georg Kestel. „Die Entscheidung ist dem Stiftungsrat nicht leichtgefallen, verlieren doch etliche Besucherinnen und Besucher ein Haus, das sie liebgewonnen und auch immer wieder unterstützt haben.“

Pressestelle

*Erzbischöfliches Ordinariat
Bamberg*

Die Leute sind einfach fassungslos

Vorsitzende von Förderverein und Stiftungsrat zur Schließung des Bildungshauses

Das Bedauern und die Betroffenheit sind groß. Auf Seiten der Mitarbeiter ebenso wie auf Seiten der vielen Gäste. Für sie alle ist die Arbeitnehmerbildungs- und Begegnungsstätte Obertrubach in all den Jahren zur Heimat geworden. Zum Jahresende 2021 schließt das Haus.

„Die Entscheidung hat sich in den vergangenen Wochen und Monaten für den Stiftungsrat angebahnt“, erklärt Dr. Manfred Böhm, Vorsitzender des Stiftungsrats. Auslöser war die Corona-Krise. Zum einen die Ausfälle während der beiden Lock-downs, zum anderen die Stornierungen dazwischen. „Viele haben ihre Buchungen aus Unsicherheit zurückgezogen. Und Großveranstaltungen konnten wegen des Hygienekonzeptes nicht stattfinden“, so Böhm. „Das alles hat zu massiven finanziellen Einbrüchen geführt, die einfach nicht mehr zu händeln waren. Wir haben alles versucht. Aber es ging nicht mehr“.

Ob Arbeitslose, Betriebsräte oder Gewerkschaftsmitglieder – für die Hausgäste war es eine Art Heimat. „Unser Obertrubach“, das habe Betriebsseelsorger Böhm oft gehört. „Die Menschen haben sich mit dem Haus identifiziert“.

„Es war unser Haus“

Natürlich werde es die Angebote der Betriebsseelsorge auch über das Jahr 2021 hinaus

geben. „Aber wo, das wissen wir noch nicht“. Einen Ersatz zu finden, wird nicht so einfach sein, da die Atmosphäre des Bildungshauses Obertrubach eine große Rolle spiele. „Da waren wir wohl gelitten. Es war unser Haus“, betont Böhm.

In diesem Jahr werden die Angebote der Betriebsseelsorge stattfinden, sobald das Haus coronabedingt wieder aufmachen darf und soweit Angebote für 2021 gebucht wurden.

Für die Region ist das Bildungshaus ein wichtiger Arbeitgeber, über 20 Menschen stehen hier in Lohn und Brot. Auch deshalb hatte der Stiftungsrat gehofft, das Haus bis 2023 halten zu können und bis dahin einen neuen Träger zu finden, der eventuell die Mit-

arbeiter zumindest teilweise übernimmt. „Wäre Corona nicht gewesen, hätte das wohl auch geklappt“, meint Böhm. „Corona hat die Bilanz komplett verhagelt“.

Aufgrund der insgesamt schwierigen Situation für die Einrichtung war eigentlich geplant, das Haus bis Ende 2023 selbst zu führen und dann gleitend in eine neue Trägerschaft zu übergeben, erläutert der Vorsitzende des Fördervereins Udo Scherzer. Doch das jetzt entstandene Defizit sei so groß, dass es trotz finanzieller Unterstützung Dritter nicht mehr gedeckt werden kann.

Scherzer bedauert dies auch als Mitglied der Arbeitnehmerbewegung, die neben dem Erzbischof, der Betriebsseelsorge und der CAJ das Bildungshaus



Coronabedingt lag das Haus bis Ende März im Winterschlaf. Coronabedingt folgt Ende des Jahres die Schließung.

Foto: Bildungshaus Obertrubach

in Obertrubach trägt. „Für die KAB bedeutet es: wir haben kein eigenes Haus mehr. Ein Haus, das wir uns schwer erkämpft haben“, sagt Scherzer und erzählt von der Planung und der Entwicklung der Bildungseinrichtung.

Er sei mit dem Haus von der Planung an sehr verbunden. „Es war mir ein Herzensanliegen. Wir haben viele Arbeitsdienste geleistet beim Umbau des Hauses“. Ob Elektroleitungen oder Wasserinstallation raus- und Wände eingerissen werden mussten, fast alles geschah in Eigenregie, um Kosten zu sparen. „Da hängt viel Herzblut dran“, weiß der KABler. „Wahnsinn, was da an Arbeitseinsätzen geleistet worden ist, „blickt er anerkennend an seine Mitstreiter zurück. „Nach 22 Jahren müssen wir jetzt sagen: Schluss und aus.“

Scherzer habe schon viele Anrufe als Reaktion auf die Schließung bekommen. „Die Leute sind einfach fassungslos“.

Nach 2023 hätte es keine Zuschüsse mehr aus dem Ordinariat gegeben, berichtet Scherzer, und verweist darauf, dass es bereits Kontakte und Angebote von möglichen neuen Trägern gegeben habe. „Durch Corona ist alles zum Stillstand gekommen.“

2020 habe es noch einen coronabedingten Zuschuss vom Ordinariat gegeben, wie für die anderen Bildungshäuser auch. Dieser und weitere Corona-bedingte Zuschüsse würden aber von den bis 2023 zugesagten Zuschüssen abgezogen. Auch

wenn das Personal teilweise in Kurzarbeit ist, blieben zu hohe Fixkosten und ein Bankdarlehen. „Hätten wir die Augen zugemacht und weiter gearbeitet, hätten wir mit Sicherheit 2022 Konkurs anmelden müssen“, erklärt Scherzer die Entscheidung, das Haus zu schließen. „Das wäre ein verschleppter Konkurs gewesen, also strafbar“. Es sei ja absehbar gewesen, dass das Geld irgendwann aufgebraucht ist. „Wir waren gezwungen, es gab keine andere Möglichkeit, alles andere wäre unverantwortlich gewesen“.

Auch mit Blick auf die Beschäftigten mache eine kontrollierte Schließung Sinn, bei der am Schluss noch etwas Geld übrig ist für eine kleine Abfindung in welcher Form auch immer, meint Manfred Böhm. Mit der zum 31. Dezember anvisierten Schließung könnten noch Mittel sicher gestellt werden, um den Beschäftigten sozialverträgliche und einvernehmliche Lösungen zur Beendigung ihrer Arbeitsverhältnisse anzubieten. „Wir wollten das zivilisiert über die Runde bringen“.

Und so fiel in der Stiftungsrat-Sitzung Ende Januar die Entscheidung, das Bildungshaus Obertrubach zum Jahresende zu schließen.

„Die Entscheidung ist dem Stiftungsrat nicht leichtgefallen“, sagte denn auch Generalvikar Georg Kestel, „verlieren doch etliche Besucherinnen und Besucher ein Haus, das sie lieb gewonnen und auch immer wieder unterstützt haben.“

Das Bildungshaus

Die Arbeitnehmerbildungs- und Begegnungsstätte steht allen Arbeitnehmern offen. Sie wird auch von Pfarrgemeinden für Fortbildungen oder Einkehrtage, oder von Schulklassen für Orientierungstage genutzt. Familienfeiern, Caritas-Schulungen, firmeneigene Schulungen für Auszubildende oder Tagungen von Unternehmensvorständen – auch sie finden im Bildungshaus Obertrubach geeignete Räume. Bis zu 107 Gäste finden Übernachtungsmöglichkeiten mit Bewirtung. Es gibt mehr als zehn Seminar- und Tagungsräume von 20 bis 110 Quadratmetern.

Brigitte Pich
Bericht aus dem Heinrichsblatt,
Nummer 7, 14. Februar 2021

Katholische
 Arbeitnehmer-
 Bewegung – KAB
 Diözesanverband
 Bamberg e.V.



Geschäftsführer des KAB
 Diözesanverbandes e.V. und verantwortlich für den Inhalt (außer namentlich gekennzeichnete Artikel):
 Ralph Korschinsky

Ludwigstraße 25, 96052 Bamberg
 Telefon 09 51 / 91 69 10
 Fax 09 51 / 91 69 149
 E-Mail: info@kab-bamberg.de

Das Infoblatt erscheint zweimal jährlich, im Frühjahr und Herbst.

Bei nicht gekennzeichneten Bildern liegen die Veröffentlichungsrechte bei der KAB Bamberg.

Gedruckt auf 100 Prozent Altpapier Inapa Oxygen silk.

ClimatePartner^o
klimaneutral

KAB Bildungswerk Bamberg e.V.

mit seinem Stützpunkt für Verbraucherbildung

Wer hätte das gedacht, wie sich die Arbeit im KAB Bildungswerk innerhalb eines Jahres verändert hat. Von Präsenzangeboten vor Ort ist man momentan weit entfernt. Online-Seminare retten nun über die Zeit der Corona-Pandemie hinweg.

Doch um überhaupt dahin zu kommen, musste investiert werden – einerseits in die Technik, jedoch auch in die Fortbildung von Mitarbeitenden. Inzwischen verfügt die KAB über zwei eigene Online-Plattformen von Cisco Webex und zusätzlich von Zoom. Der Aufwand hat sich gelohnt. So wie sich das Bildungswerk in kürzester Zeit entwickeln konnte, wurde das gleiche spürbar bei den Teilnehmenden. Anfangs gab es während der laufenden Kurse kaum Nachfragen. Auch der Chat blieb unberührt. Aktuell können die Kursbesucher richtig umgehen mit Mikrofon und Kamera. Sie beteiligen sich nun an Diskussionen, ob mündlich oder in Schriftform. Enorm, was da passiert ist.

Wie Sie sicher bemerkt haben, experimentiert gerade das Bildungswerk mit seiner Themenauswahl und scheint mit der bunten Mischung richtig zu liegen. Denn bisher konnten alle Angebote, die ausgeschrieben wurden, auch

durchgeführt werden. Davon musste bisher keine einzige Veranstaltung mangels Teilnehmerzahl ausfallen. Zudem waren die Verantwortlichen teilweise überwältigt von dem enormen Interesse. Das lässt sich sicher auch zurückführen auf die gute Öffentlichkeitsarbeit. Das KAB Bildungswerk erreicht mit seinen Angeboten inzwischen Menschen aus der ganzen Bundesrepublik, zum Beispiel aus München, Stuttgart, Hamburg und vor allem viele Nichtmitglieder der KAB.

So gehörten zu den herausragenden Veranstaltungen „Wie schütze ich meine Daten vor Verlust?“ und „Humor als Kraftquelle“.

Interessant wäre zu wissen, welche Themen den Menschen am Herzen liegen. Vielleicht lässt sich dann das eine oder andere aufgreifen für die Bildungsarbeit in der KAB.

Während die Online-Angebote über den vom bayerischen Staatsministerium geförderten Stützpunkt für Verbraucherbildung abgerechnet werden können, ist bei der Katholischen Erwachsenenbildung noch nicht klar, was anerkannt wird und was nicht.

Einerseits ist die KAB stolz auf diesen gewaltigen Entwicklungsschritt in einer so kurzen Zeit, andererseits seh-



nen sich die Teilnehmenden nach Veranstaltungen, in denen man sich ganz real begegnen kann, ohne Maske, in denen man sich auch mal wieder die Hände schütteln und sich näher kommen darf, nicht mit eineinhalb Meter Abstand.

Sicher wird nach der Coronakrise das Online-Angebot nicht einfach wieder verschwinden. In Zukunft strebt das KAB Bildungswerk eine gesunde Mischung aus Präsenz- und Online-Angeboten oder eben auch eine Mischung, sogenannten Hybrid-Veranstaltungen, an.

Luise Müller

heitlichen und eigenständigen Schutz der Umwelt. Massive Umweltzerstörungen durch Biodiversitätsverlust werden gar nicht erst erfasst, auch das Klima findet keine Berücksichtigung als Schutzgut.

Das Gesetz soll für viel zu wenig Unternehmen gelten, nämlich zunächst nur für rund 600. Ab 2024 sollen dann Unternehmen ab 1000 Mitarbeitenden erfasst werden – das wären etwa 2800 Unternehmen. Immer noch viel zu wenig! Auch weitaus kleinere Unternehmen können zu schweren Umweltschäden oder Menschenrechtsverletzungen beitragen.

Für das Bündnis ist klar: Es braucht nicht irgendein Lieferkettengesetz, sondern eines, das wirksam ist. Deswegen fordert das Bündnis alle Abgeordneten des Bundestages dazu auf, sich im Bundestag für Nachbesserungen des Lieferkettengesetzes stark zu machen. Ein wirksames Lieferkettengesetz müssen:

- Unternehmen dazu verpflichten, proaktiv entlang ihrer gesamten Lieferkette Menschenrechts-Risiken zu analysieren;
- die Rechte von Betroffenen durch eine zivilrechtliche Haftungsregelung stärken;
- eigenständige, umweltbezogene Sorgfaltspflichten einführen;
- alle Unternehmen ab 250 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erfassen.

Umso wichtiger ist es, dass in Zukunft eine Behörde prüfen wird, ob sich Unternehmen

an ihre Sorgfaltspflichten halten. Verstößt ein Unternehmen gegen seine Pflichten, kann die Behörde Bußgelder verhängen und das Unternehmen von öffentlichen Aufträgen ausschließen. Das ist ein großer Fortschritt zu den bisherigen freiwilligen Ansätzen.

Die Bundestagsabgeordneten werden dazu aufgefordert nun sicherzustellen, dass die Sorgfaltspflichten von Unternehmen den UN-Leitprinzipien entsprechen. „Ein Lieferkettengesetz muss auch Umweltstandards abdecken und eine zivilrechtliche Haftungsregelung enthalten, um die Schadensersatzansprüche von Betroffenen zu stärken.“

Müssen bald Unternehmen in ganz Europa dafür sorgen, dass es in ihren Lieferketten nicht zu Menschenrechtsverletzungen und Umweltzerstörung kommt? Die Abstimmung im Europaparlament war jedenfalls ein weiterer Schritt in diese Richtung. Das Europaparlament empfiehlt der EU-Kommission, eine Art EU-weites Lieferkettengesetz einzuführen. Inhaltlich geht das Europaparlament dabei weit über den verwässerten deutschen Gesetzesentwurf hinaus, auf den sich die Bundesregierung geeinigt hat. In der Tat kommt der Bericht des EU-Parlaments genau rechtzeitig: Im Juni will der EU-Justizkommissar Didier Reynders seine Pläne für ein europäisches Lieferkettengesetz vorstellen. Die Abstimmung im EU-Parlament gibt ihm hierfür gehörigen Rückenwind, denn

Termine

2. Oktober 2021

Workshop „Bis hierher und nicht weiter“, BW, AELF, Kronach.

7. Oktober 2021

Seniorenbildungstag „Mystik und Politik“, DV, BW, Pfarrzentrum, Strullendorf.

11. Oktober 2021

„Green Economy“, BW, Bistumshaus St. Otto, Bbg.

13. Oktober 2021

Kreisverbandstag, KV LI-CO-KU.

14. Oktober 2021

„Google, Amazon, Facebook und Co. – Wie verändert die Digitalisierung die Welt der Politik“, BW, Bistumshaus St. Otto, Bbg.

15. Oktober 2021

„Gemeinwohlökonomie“, BW, Neuhaus a.d. Pegnitz.

20. Oktober 2021

„Vertrauensgut Journalismus“, BW, Bistumshaus St. Otto, Bbg.

20. Oktober 2021

Kreisverbandstag, KV Bamberg-Land.

28. Oktober 2021

„Himmel 4.0 – Wie die digitale Revolution zur Chance für das Evangelium wird“, BW, Bistumshaus St. Otto, Bbg.

Termine

6. November 2021

Besinnungstag,
KV ER/NEA, BW,
Pfarrzentrum Adelsdorf.

6. November 2021

Stadtführung, KV FO.

11. November 2021

„Tora – christliche Bibel –
Koran: Was verbindet sie –
wo unterscheiden sie sich?“,
BW,
Bistumshaus St. Otto, Bbg.

19.–21. November 2021

Frauen-(Tanz)wochenende,
BW, KLVHS, Feuerstein.

25. November 2021

„Autonomes Fahren –
Fluch oder Segen?“, BW,
Bistumshaus St. Otto, Bbg.

1. Dezember 2021

Seniorenbildungstag
im Advent für südliche KV,
„Herbergsuche“, DV, BW,
Vierzehnheiligen.

6. Dezember 2021

Gedenkfeier zum 100. Ge-
burtstag von Marcel Callo,
BW, Erlangen.

6. Dezember 2021

Adventliche Feier, KV FO,
Heroldsbach.

8. Dezember 2021

Seniorenbildungstag
im Advent für nördliche KV,
„Advent – der Weg zur
Krippe“, DV, BW.

die Abgeordneten haben auch mehrere Änderungsanträge abgelehnt, die den Parlamentsbericht verwässern sollten. Trotzdem ist der Weg zu einem europäischen Lieferkettengesetz noch lang. In den kommenden Monaten wird es hitzige Debatten über den Anwendungsbereich, die Reichweite der Sorgfaltspflichten und die Frage der zivilrechtlichen Haftung geben. Auch das Bündnis Lieferkettengesetz, in dem auch die KAB vertreten ist, wird sich in diese Debatte einmischen: Im Konsultationsverfahren der EU-Kommission hat es bereits eine Stellungnahme eingereicht.

Ein Vergleich zwischen dem Vorschlag des EU-Parlaments und den Plänen der Bundesregierung macht die Schwachstellen des deutschen Gesetzentwurfs noch mal in aller Deutlichkeit sichtbar: Das EU-Parlament plant einen größeren Anwendungsbereich als die Bundesregierung: Es will viel mehr Unternehmen einbeziehen, darunter auch kleine und mittlere, die an der Börse notiert oder in Risikosektoren tätig sind. Auch US-amerikanische und chinesische Firmen, die in der EU Geschäfte machen, würden erfasst.

Die Reichweite der Sorgfaltspflichten ist die größte Schwäche des deutschen Gesetzentwurfs: Jenseits der direkten Vertragspartner müssten Unternehmen Risiken nur in den Blick nehmen, wenn sie einen „Anlass“ dafür haben. Das wäre in etwa so, als würde man einen Brandmelder erst

dann einbauen, wenn das Haus schon in Flammen steht. Unternehmen müssen entlang der gesamten Wertschöpfungskette aktiv handeln. Wer Zwangs- oder Kinderarbeit bekämpfen will, darf sich nicht auf direkte Lieferbeziehungen beschränken!

Auch in Bezug auf Umweltfragen geht der Vorschlag des EU-Parlaments über den deutschen Gesetzentwurf hinaus. Anders als der Entwurf der Bundesregierung sieht der Bericht des EU-Parlaments eine eigenständige umweltbezogene Sorgfaltspflicht vor – im Angesicht von Klimawandel und fortschreitender Umweltzerstörung ist das überfällig.

Dieser kurze Vergleich zeigt erneut: Der Entwurf für ein deutsches Lieferkettengesetz reicht hinten und vorne nicht aus. In den nächsten Wochen geht der Gesetzentwurf in den Bundestag. Nun liegt es an den Abgeordneten, sich für Nachbesserungen einzusetzen. Denn gegen Gewinne ohne Gewissen hilft nur ein starkes Lieferkettengesetz. Nach monatelangen Verzögerungen hat sich die Bundesregierung auf einen Kompromiss für das Lieferkettengesetz geeinigt. Doch die Auswertung zeigt: Der Gesetzentwurf hat massive Schwachstellen. Für das Bündnis ist daher klar: Der Bundestag muss den Entwurf nachbessern. Denn ein Lieferkettengesetz muss die gesamte Lieferkette erfassen und die Rechte von Betroffenen stärken!

Ralph Korschinsky

Entwicklungshilfe einmal anders

Studien- und Gesprächsnachmittag mit Autorin Nasrin Siege

Trotz der Pandemie, doch unter Berücksichtigung der geltenden Hygiene-Maßnahmen, ermöglichten die Veranstalter – das Team vom Weltladen Forchheim, der Internationale Ausschuss des KAB-Diözesanverbands und das KAB-Bildungswerk – im Oktober 2020 im Pfarrsaal Verklärung Christi in Forchheim einen Studien- und Gesprächsnachmittag. Dazu konnte die Buchautorin Nasrin Siege aus Frankfurt gewonnen werden. Die Autorin ist bekannt durch ihre Bücher für Kinder und Erwachsene über das Leben einfacher Menschen in Afrika und Madagaskar. Von 1983 bis 2016 lebte sie mit ihrer Familie in mehreren afrikanischen Ländern. 1996 gründet sie mit Freunden in Gießen den Verein „Hilfe für Afrika e.V.“ und unterstützt mit den gesammelten Spenden bis heute Hilfsprojekte in Afrika.

Nasrin Siege las aus ihrem neuen Buch „ASNI“ und teilte mit den Anwesenden auch ihre eigenen Erfahrungen mit den Menschen in den afrikanischen Ländern und auch in Madagaskar, wo die Fivoy-Projektpartnerinnen der KAB Bamberg leben und arbeiten.

Zum Roman: „Die dreizehnjährige Asni flieht ... und kehrt mutig zurück. Asni lebt mit ihrer Familie in einer kleinen Stadt in Äthiopien, bis ein reicher Farmer sie als Zweitfrau begehrt. Asni wehrt sich

gegen diese Verbindung – doch ihr Vater zwingt sie dazu. Ihr gelingt die Flucht nach Addis Abeba. Gemeinsam mit anderen Kindern lebt sie dort auf den Straßen der Stadt. Doch dann fordert der Farmer Ersatz. ... Und Asni weiß, dass sie das nicht zulassen kann.“ (Inhaltsangabe vom Buch-Umschlag)



Buchautorin Nasrin Siege.

Foto: Privat

Die Vorsitzende des Weltladens in Forchheim, Margit Wünsche, bedankte sich bei Nasrin Siege, dass sie trotz der Pandemie und der Hygienemaßnahmen aus Frankfurt gekommen war und eindrucksvoll ein sehr spannendes Buch vorgestellt hat. Sie gab auch ihrer Bewunderung Ausdruck, wie emotional und engagiert sich Siege für die Menschen in Afrika einsetzt.

Wie aktuell das Organisationsteam mit der Lesung war und dass Zwangsheirat heute

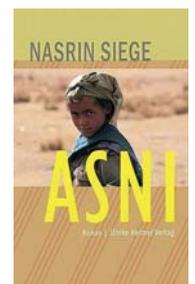
immer noch geschieht, zeigt die folgende Warnung vor Corona-Auswirkungen für Frauen: „Die Vereinten Nationen rufen zum verstärkten Kampf gegen Frühverheiratung und Genitalverstümmelung auf. Um diese Praktiken bis 2030 zu beenden, seien Investitionen von jährlich 3,4 Milliarden Dollar notwendig, heißt es im neuen Weltbevölkerungsbericht.

Durch die aktuelle Coronapandemie seien Mädchen besonders gefährdet, da etwa Aufklärungskampagnen erschwert würden, betonte die Exekutiv-Direktorin des UN-Weltbevölkerungsfonds Natalia Kanem. Sie plädiert für die Förderung von Programmen, die Mädchen dabei unterstützen, Schulen bis zum Abschluss zu besuchen – anstatt früh verheiratet zu werden“. (Aus dem Newsletter von Klaus Heimer vom 30. Juni 2020.)

Ingrid Mittelmeyer
Internationaler Ausschuss

Empfehlung:

ASNI ist ein spannender Roman, der leider auch viel „Wahres“ enthält und zum Nachdenken anregt. Das Buch ist 2020 im Helmer Verlag erschienen, ISBN Nr. 978-3-89741-446-4 und kostet 15 Euro.



Grundschul Kinder spenden

2400 Euro stillen Hunger in Madagaskar

Die Grundschule Bad Kötzing engagierte sich Anfang Dezember 2020 mit verschiedenen Aktionen für die Schulspeisung in drei madagassischen Dörfern: Tsarahonenana, Betapoaka und Mahafaly.

Seit vielen Jahren organisiert die Grundschule eine Hilfsaktion, um den Kindern in Madagaskar eine warme Mahlzeit am Tag zu ermöglichen. Ein Verkaufsbasar war heuer coronabedingt nicht möglich. Deshalb ließ sich das Organisationsteam um Lehrerin Margarita Mühlbauer etwas einfallen: eine Los-Aktion. Jedes Kind konnte maximal drei Lose zu je einen Euro erwerben. Ortsansässige Geschäfte und Privatpersonen hatten Preise gestiftet. Die Verlosung in der Aula durch Rektor Michael Prager war der Höhepunkt. Die Aula verwandelte sich in ein Fernsehstudio. Zwei Klassen durften im „Studio“ unter Beach-

tung der Hygiene-Regeln dabei sein, für alle anderen Klassen wurde die Verlosung live über „Jitsi“ in die Klassenzimmer übertragen. Wer keinen Sachpreis gewann, bekam eine Süßigkeit.

Ferner stellte eine Freundin von Margarita Mühlbauer aufwändig selbstgebastelte Karten zum Verkauf kostenlos zur Verfügung. Lehrerin Evi Gsellhofer bot ein Fotoshooting an. Mit weihnachtlichen Utensilien entstanden Porträts für einen Euro pro Bild. Hinzu kamen noch Geldspenden von Geschäften und Privatleuten. So kam die beachtliche Summe von 2400 Euro zusammen.

Der Erlös ging zu 100 Prozent an die Schulspeisungen in



Ein Schulspeisungsprojekt in Madagaskar. Suzanne schenkt abgekochtes Reiswasser zum Trinken für die Kinder aus. Foto: Privat

Madagaskar. Bindeglied zwischen Grundschule und Schulspeisungsprojekt ist die KAB Bamberg, die das Geld an die Selbsthilfeorganisation Fivoy in Fianarantsoa weiterleitete; diese koordiniert vor Ort den Einsatz der Gelder. Rita Mühlbauer, Sekretärin, und Anni Deml, ehemalige Lehrerin an der Grundschule Bad Kötzing, haben bei der Reise des KAB-Madagaskarteams 2014 die Verhältnisse vor Ort kennengelernt.

Zusammen mit einer weiteren Schule und einem Kindergarten finanziert die Grundschule Bad Kötzing die Schulspeisung zurzeit für über 700 Kinder. Die Kinder bekommen an fünf Tagen in den Wochen von November bis März eine warme Reismahlzeit mit Gemüse und manchmal ein kleines Stückchen Fleisch. So gestärkt können die Kinder bessere Lernerfolge erzielen.

Anni Deml



In der Aula der Grundschule in Bad Kötzing gibt der Schulleiter die Gewinner der Verlosung bekannt. Foto: Privat

Dank an das Erzbistum Bamberg

Das Madagaskarteam hat für die Eltern in Madagaskar, deren Kinder an der Schulspeisung teilnehmen, den halben Elternbeitrag (Eigenbeitrag) pro Kind vier Euro vom Erzbistum Bamberg als Corona-Hilfe bekommen.

Jetzt in dieser Pandemie-Zeit ist es auch in Madagaskar für die Eltern nur schwer oder gar nicht möglich den Eigenbeitrag für die Schulspeisung zu leisten, weil ihnen ja sämtliche Einkommen wegfallen. Es finden wegen Corona keine Märkte statt, auf denen sie ihr Gemüse, ihr Geflügel oder ihre Handarbeiten verkaufen können.

Dafür hat sich das Madagaskarteam mit folgenden Brief bedankt: „Sehr geehrter Herr Generalvikar Kestel, sehr geehrter Herr Kleiner, mit Schreiben vom 22. Januar 2021 teilen Sie uns mit, dass der Antrag an die Erzdiözese zur Unterstützung unserer Partnerorganisation in Madagaskar mit 3000 Euro gefördert wurde.

Die Freude über diese großartige, schnelle und unbürokratische Hilfe ist groß – bei uns und bei den Verantwortlichen für die Schulspeisung in Madagaskar. Rund 700 Kindern kann so für die kommenden Monate ein ausreichendes und gesundes Mittagessen gesichert werden – trotz der unter Corona besonders schwierigen Bedingungen. Dafür von uns als Projektgruppe und von allen Beteiligten, Mitarbeiter/innen und Eltern in Madagaskar,

unseren herzlichsten Dank! Besonderen Dank und herzliche Grüße von unserer Verantwortlichen für FIVOY Frau Suzanna Ratanazoa. Diese konnte sich im Mai 2018 mit Erzbischof Ludwig Schick in Madagaskar treffen, als sich dieser anlässlich einer afrikanisch-deutschen-Bischöfskonferenz in Tana aufhielt.

Das Geld wurde bereits vom KAB Diözesanverband an Fivoy weitergeleitet. Die erforderlichen Belege und der Projektbericht gehen Ihnen nach Erhalt von unseren Projektpartnern zu.

Noch einmal ein großes Danke! Mit freundlichen Grüßen für die Projektgruppe

Margit Steger-Böhnlein.”

Hilfe durch Sternsingeraktion

Die Pfarrgemeinde St. Johannes in Neustadt/Aisch hat für Fivoy und deren Bildungsmaßnahmen in Madagaskar gespendet und hat dies in einem Brief an den Internationalen Ausschuss der KAB mitgeteilt: „Liebe Frau Mittelmeyer, unsere Sternsingeraktion ist in diesem Jahr leider nicht so gut ausgefallen. Wir haben 15 000 Exemplare einer Sternsingerwurfsendung auf eigene Kosten drucken lassen und an alle Haushalte unserer Gemeinde als Wurfsendung verteilt. Trotz deutlicher Mindereinnahmen bei der diesjährigen Sternsingeraktion können wir Ihnen mitteilen, dass wir Ihnen aus unserer jetzt abgeschlossenen Spenden- und Sternsingeraktion für das laufende Jahr zusammen mit unseren Filialgemeinden Emskirchen und Markt Erlbach eine Spende von 3000 Euro zur Verfügung stellen können.

Die Überweisung wird in den kommenden Tagen erfolgen. Herzlichen Dank für Ihre engagierte Arbeit im Namen aller Bedürftigen! Viele Grüße, auch von unseren Mitgliedern des Sachausschusses Entwicklung und Frieden, Ihr Toni Huber.”

Sachausschuss für
Entwicklung und Frieden



Gerade jetzt unter den schweren Bedingungen in diesem Jahr hat die Pfarrgemeinde St. Johannes wieder Großes geleistet und große Solidarität gezeigt. Dafür möchte das Madagaskarteam Vergelt's Gott und Danke sagen – auch im Namen der Madagassen, denn sie erhalten durch die Spende im wahrsten Sinne des Wortes Essen für ihre Kinder.

*Ingrid Mittelmeyer
Internationaler Ausschuss*

Abgesagt: KAB Seniorenwallfahrt

Ausblick auf 2022: Stiftsbasilika Waldsassen

Die KAB Seniorenwallfahrt ist eine der größten Wallfahrten im Erzbistum Bamberg. Nicht wenige KAB-Mitglieder waren bei jeder einzelnen Wallfahrt dabei und freuen sich Jahr für Jahr aufs neue auf dieses Highlight des Veranstaltungsjahres. Nicht ohne Stolz tragen sie ihre Banner und ihre Anliegen an die Gesellschaft durch die Straßen des jeweiligen Veranstaltungsortes.

Die Jubiläumswallfahrt des Diözesanverbandes, die im vergangenen Jahr nach Würzburg führen sollte, musste bereits abgesagt werden. Zu groß war das Risiko für die Gesundheit der Teilnehmer. Zudem ließen die Bestimmungen des Gesetzgebers keine Veranstaltung dieser Größenordnung zu.

Voller Hoffnung hat die KAB auf das Jahr 2021 geschaut, aber das Virus, das die Welt in vielen Bereichen lähmt, hat seine eigenen Regeln. Es hat sich verändert und bedroht nach wie vor unsere Gesundheit. Mittlerweile gibt es Impfstoffe, die uns in Zukunft schützen werden. Viele Mitglieder haben bereits einen Schutz, aber bei weitem nicht alle – und so muss man nach wie vor vorsichtig sein! Deshalb hat sich das Seniorenleitungsteam der KAB am 31. März in einer Telefonkonferenz entschieden, dass auch die diesjährige Seniorenwallfahrt ebenfalls nicht stattfinden kann.

Das Team weiß, wie sehr die Senioren die Zusammenkünfte in der KAB vermissen. Sie sind willkommene Abwechslung und mitunter auch die einzige Abwechslung im Jahreslauf.

Es bleibt bezüglich der Seniorenwallfahrt derzeit nichts anderes übrig, als auf das kommende Jahr zu schauen. Die Chancen stehen gut, dass wir alle in ein „normales Leben“ zurück können und vieles nachholen werden, was jetzt so schmerzlich vermisst wird.

Ursprünglich hatte die KAB ja als nächstes Ziel Würzburg geplant. Die bereits sehr weit fortgeschrittene Planung hatte sich als schwierig erwiesen, weil die örtlichen Gegebenheiten nicht optimal sind. Leider muss man sagen, dass die Organisatoren der Wallfahrt, von der Dompfarrei und der Touristeninformation ausgenommen, nicht die Unterstützung erfahren haben, die sie in den vergangenen Jahren von anderen

Gastgebern sehr selbstverständlich erhalten haben.

Diese Erkenntnis hat das Seniorenleitungsteam dazu bewogen, das Ziel zu ändern. So wird die Jubiläumswallfahrt am 30. August 2022 zur Basilika nach Waldsassen führen. Die Stiftsbasilika gehört zu den bedeutendsten Barockkirchen im süddeutschen Raum. Erste Kontakte sind bereits geknüpft.

Natürlich hofft die KAB wieder auf die tatkräftige Unterstützung ihrer Busbegleiter, Vorsitzenden der Ortsgruppen und Ansprechpartner der Basisgruppen – und natürlich freut sich der Diözesanverband auf jeden einzelnen von Ihnen – gemeinsam wird es erst das, was geliebt wird: *Die große KAB Seniorenwallfahrt.*

Also, achten Sie auf sich – damit die KAB im kommenden Jahr ihre Anliegen wieder gemeinsam und vor allem gesund in die Welt tragen kann.

Heike Morbach



Die Stiftsbasilika Waldsassen ist das Ziel der Jubiläumswallfahrt im Jahr 2022.
Bild: Klaus Schicker